Ines Smyth

Bevölkerungs- politik: Offizielle Antworten auf feministische Einsprüche

Dieser Aufsatz beschäftigt sich damit, wie das bevölkerungspolitische Establishment die Positionen berücksichtigt, die seit geraumer Zeit als explizite und hartnäckige Kritik seitens feministischer und anderer Gruppen an den Aktivitäten und Ansichten der für die Ausarbeitung und Durchsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen Verantwortlichen formuliert worden sind. Es wird hier jedoch nicht versucht, zu beurteilen, ob sich Einstellungsänderungen gegenüber Frauen in den praktischen Aktivitäten des bevölkerungspolitischen Establishments überhaupt niedergeschlagen haben, von der Mittelzuteilung bis zur Art und Weise der Implementierung einzelner Programme und Projekte.

Zunächst möchte ich einige der verwendeten Begriffe erläutern, da sie in der Literatur häufig synonym gebraucht werden. Bevölkerungspolitik umfaßt alle politischen Strategien, die die demographischen Merkmale eines Landes (Größe, Zusammensetzung und Verteilung) beeinflussen sollen. Der Begriff Familienplanung bezieht sich auf die Regulierung der Familiengröße und des Zeitpunkts der Geburten. Meistens werden dabei Programme zur Versorgung mit Kontrazeptiva eingesetzt. Brisanter sind die beiden Begriffe Geburtenkontrolle und Bevölkerungskontrolle. Unter Geburtenkontrolle versteht man das Recht des Individuums und des Paares, die Zahl der Kinder sowie den Zeitpunkt und den Abstand zwischen den Geburten selbst zu bestimmen. Bei

der Bevölkerungskontrolle geht es um die Beeinflussung der gleichen Variablen im Hinblick auf demographische Ziele. Der Text gliedert sich in vier Abschnitte. Der erste Teil faßt die neuere Entwicklung zusammen, in der das bevölkerungspolitische Establishment sein Interesse an den Frauen offenbar verändert hat. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den Inhalten der feministischen Kritik in bezug auf Reproduktion, Wissenschaft und Reproduktionstechnologien sowie Familienplanungsprogramme. Der dritte und wichtigste Teil analysiert, ob die vom bevölkerungspolitischen Establishment bekundete Aufmerksamkeit für Frauen tatsächlich feministische Werte aufgenommen hat oder ob sie ihnen zuwiderläuft. Der letzte Teil setzt sich mit den Gefahren einer oberflächlichen und instrumentellen Übernahme der »feministischen Perspektive« durch das Establishment auseinander.

1. Aktuelle Ereignisse und Fortschritte

Seit 1954 hat der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) alle zehn Jahre eine internationale Konferenz über Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen organisiert. Diese internationalen Zusammenkünfte sind von großer Bedeutung, weil sie die wichtigsten Probleme der Bevölkerungsentwicklung reflektieren und für die folgenden zehn Jahre Denkrichtung und Handlungsstrategien beeinflussen. Bis jetzt zeigten sich auf jeder der Konferenzen die wesentlichen Aspekte des konventionellen Wissens über Bevölkerung der jeweiligen Dekade: Die Bukarester Konferenz wird z.B. als das Forum angesehen, auf dem die Definition, Bevölkerungswachstum sei ein Problem, aus verschiedenen Perspektiven (Marden et al. 1982) angefochten wurde, ebenso wie die Motive der westlichen Länder, die die Konferenz-Agenda aufgestellt hatten. 1984 in Mexiko-City »schwung

das Pendel zurück« (Hartmann 1987), Überbevölkerung wurde erneut als das Problem definiert und Familienplanung als dessen Lösung.

Seitdem hat die zunehmende Sorge um Umweltausbeutung und -zerstörung, die mit dem Umwelt-Gipfel von Rio de Janeiro im Juni 1992 ihren Höhepunkt erreichte, dafür gesorgt, daß (Über)Bevölkerung ein zwingendes Thema der öffentlichen Diskussion geblieben ist. 1994 fand die internationale Bevölkerungs- und Entwicklungskonferenz (ICPD) in Kairo statt. Die Themen und Argumente, die dort an erster Stelle standen, spiegeln die verschiedenen Ansichten der Institutionen wider, die als das bevölkerungspolitische Establishment angesehen werden. Dazu gehören nationale Regierungen und internationale Organisationen, wie der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), der *Population Council*, der Internationale Verband für geplante Elternschaft (IPPF), die Weltbank und USAID (Marden et al. 1982).

Die Heterogenität dieses Establishments und seiner Ansichten sollte nicht vergessen werden, auch wenn einige seiner Repräsentanten neuerdings auf einem »globalen Konsens« bestehen (Sadik 1990). Die harten Meinungsverschiedenheiten, die in Bukarest zum Ausdruck kamen, und die Probleme, die später entstanden, als die Vereinigten Staaten den internationalen Organisationen, die an Bevölkerungsfragen arbeiten, ihre finanzielle Unterstützung entzogen, wurden in der neuesten Version der Geschichte offizieller Bevölkerungspositionen wie auch bei der Aufstellung der 1994-Agenda durch Harmonisierung geglättet.

Obwohl es beträchtliche Differenzen gab, bestand bei den Vorbereitungen für die Kairoer Konferenz bei allen Beteiligten gleichermaßen ein wesentlich größeres Interesse an Frauen als in der Vergangenheit. Frauen wurden bei diesen Zusammenkünften nie vollkom-

men ignoriert, die Berichte über die Belgrader Konferenz von 1965 enthalten viele Hinweise auf die weibliche Fruchtbarkeit als Hindernis für Erwerbstätigkeit (UN 1966). 1974 in Bukarest erschienen Frauen nicht als wichtiger Punkt auf der Tagesordnung, obwohl in Aufsätzen und Diskussionen auf den Zusammenhang zwischen Fruchtbarkeit und dem Status der Frauen hingewiesen wurde, und die Zielsetzung der Konferenz auch die Verpflichtung enthielt, jede Art der Diskriminierung von Frauen zu beseitigen (UN 1974). Auf der Mexiko-Konferenz im Jahre 1984 wurde zwar wieder auf die Bedeutung eines Zusammenhangs zwischen hoher Fertilität und der Benachteiligung von Frauen in bezug auf Beruf, Gesundheit und Bildung hingewiesen, Frauen wurden jedoch auf dieser Konferenz kaum vertreten und nur 18% aller Abgeordneten waren weiblich (Wulf und Willson 1984).

Die Bedeutung, die Frauen im Vorfeld der Kairoer Konferenz bekamen, zeigte sich darin, daß zusätzliche Zusammenkünfte zu speziellen Themen organisiert wurden, z.B. das Treffen der Expertengruppe zu Bevölkerungs- und Frauenfragen 1992 in Gabarone und der runde Tisch zu »Women's Perspectives on Family Planning, Reproductive Rights and Reproductive Health« im August 1993 in Ottawa. Der Entwurf zum Abschlußdokument der ICPD enthielt an vorderster Stelle ein Kapitel zur Gleichberechtigung der Geschlechter und über Frauen-»empowering«.

2. Feministische Kritik der Familienplanung

Die Veränderungen, die sich symptomatisch in den Vorbereitungen auf die Kairoer Konferenz zeigten, haben sich allmählich entwickelt. Seit den siebziger Jahren widmet das bevölkerungspolitische Establishment Frauenfragen in

seinen Dokumentationen zunehmend Aufmerksamkeit (s. UNFPA 1977, UNFPA 1989a, UNFPA 1989b, UNFPA 1992). Dies ist das Ergebnis der nicht nachlassenden Anstrengungen einer beträchtlichen Anzahl von Feministinnen, anderer Betroffener und ihrer Organisationen, die oft als Frauengesundheitsbewegung bezeichnet werden (Dixon-Mueller 1993, 48). Seit Jahrzehnten kommen aus diesem heterogenen Reservoir die deutlichsten und hartnäckigsten Voten gegen die Ideen und Praktiken des bevölkerungspolitischen Establishments (Kabeer 1993, 27).

Ganz ähnlich hat sich in den letzten Jahrzehnten im allgemeineren Bereich von Entwicklungspolitik die Wahrnehmung und der Umgang mit Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verändert, was zumindest zum Teil auf die beständigen Anfragen von Feministinnen und anderen FrauenvertreterInnen bei den oft zögerlichen Regierungen und internationalen Institutionen zurückzuführen ist. Was die Frauengesundheitsbewegung vereint, ist eine weitgehend gemeinsame »feministische Perspektive«, die laut *Population Council* von »jenen Gruppen und Einzelpersonen vertreten wird, deren wichtigstes Anliegen es ist, die reproduktiven Rechte und die Gesundheit der Frauen zu fördern und zu schützen« (Population Council 1993). Allerdings hat der Begriff einer feministischen Perspektive Bedeutungen, die über den engeren Bereich von reproduktiven Rechten und Bevölkerungspolitik hinausgehen. Denn »Feministinnen sind erklärter- und entschiedenermaßen kritisch gegenüber den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen und haben sich auf politische Umgestaltung festgelegt« (Spike Peterson 1992, 20). Die angestrebte politische Veränderung geht über geschlechtsbedingte Ungleichheiten hinaus, es geht darum, »alle Systeme zu verändern, die auf Rassen-, Klassen-

und Geschlechtsunterdrückung beruhen« (Bleier 1991, 255).

Abgesehen von ihrer Ausrichtung auf die Förderung und den Schutz der reproduktiven Rechte und der Gesundheit von Frauen enthält die feministische Perspektive viele Differenzen und sogar Konflikte, wie das beim bevölkerungspolitischen Establishment auch der Fall ist. Darum ist es richtiger, von »feministischen Perspektiven« zu sprechen. Deren Inhalte und kritische Standpunkte sollen zunächst betrachtet und die verschiedenen Stränge so weit wie möglich entwirrt werden.

In westlichen Ländern haben Kampagnen zur Erlangung, Erweiterung oder zum Schutz des Rechts auf Abtreibung oft Frauen mit sonst unterschiedlichen feministischen Ausrichtungen vereint. Das war Ausdruck für den hohen Stellenwert, den Fragen der Reproduktion und der Fruchtbarkeitskontrolle für westliche Feministinnen immer schon hatten. Als in den sechziger Jahren mit der Pille wirksamere Verhütungsmethoden auftauchten, neigten Frauen im Westen dazu, diese für das definitive Kontrollinstrument zu halten, und sie glaubten, daß damit der Zugang nicht nur zur sexuellen, sondern auch zur persönlichen Freiheit verbunden sei. Es wurde aber bald klar, daß diese Verhütungsmittel und die Familienplanungsprogramme, bei denen sie zum Einsatz kamen, neue Bedrohungen für die physische und soziale Integrität der Frauen mit sich bringen können (Keyzers und Smyth 1989), und das trifft besonders in den Entwicklungsländern und für die Armen zu. – Es ist allerdings nicht zu übersehen, daß sich seit der Entwicklung und Verbreitung von Kontrazeptionsmethoden die Interventionen von Familienplanungsprogrammen nahezu ausschließlich auf Frauen richten.

2.1 Ansätze zur Reproduktion

Verschiedene feministische Positionen in bezug auf Familienplanung entsprechen weitgehend den als charakteristisch geltenden Richtungen des Feminismus. Die Unterscheidung zwischen liberalen, radikalen und marxistisch/sozialistischen Feministinnen, die Jaggar (1983) benutzt, ist brauchbar, obwohl der Versuch, das ganze feministische Gedankengut zur Reproduktion, Familienplanung oder zu irgendeinem anderen Thema in einen solchen starren Rahmen zu pressen, seinem komplexen und wandelbaren Charakter nicht gerecht wird.

Obwohl sich alle drei feministischen Strömungen mit Fragen der Reproduktion befassen, stehen diese für die liberalen Feministinnen weniger im Mittelpunkt. Denn für sie ist die Fruchtbarkeitskontrolle lediglich eines der gesetzlichen Rechte, die Frauen haben sollten, um an der Gesellschaft als rationale und autonome Individuen genauso wie Männer teilzuhaben. So richtet sich ihre Aufmerksamkeit eher auf die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln, während ihre Kritik an der Familienplanung ziemlich zurückhaltend ist und sich nur gegen deren eklatantesten Mißbrauch wendet. Deshalb wird im folgenden überwiegend auf die Kritik an Familienplanungsprogrammen eingegangen, die ihre Wurzeln entweder im radikalen oder im sozialistischen Feminismus hat.

Die größte Rolle spielt die Reproduktion in den Analysen, die dem radikalen Feminismus nahestehen, denn für die radikalen Feministinnen ist Männerherrschaft nicht nur elementar und allgegenwärtig, sondern begründet sich auch auf den Verhältnissen, die sich im Zusammenhang einer Biologie menschlicher Reproduktion herausbilden (Jaggar 1983). Die Präokkupation mit den Körpern von Frauen ist eine direkte Folge davon: Der radikale Feminismus »hat die Kontrolle der Frauen über »unsere Körper« als entscheidend für die

Befreiung hervorgehoben, und damit hat er eine Reihe von Analysen und Aktionen innerhalb der Gesundheitsbewegung ausgelöst, Gewalt gegen Frauen namhaft gemacht und Sexualität wie aufgezwungene Heterosexualität als Institution analysiert« (Rowland und Klein 1991, 305).

Einer sozialistischen Tradition verbundene Forschungen haben andererseits die Wurzeln der gesellschaftlichen Stellung der Frauen in der Verknüpfung zwischen Produktions- und Reproduktionsverhältnissen in unterschiedlichen historischen Kontexten aufgespürt (Khun und Wolpe 1978). Allerdings wird diese Etikettierung der Komplexität der Beziehung zwischen Feminismus und Marxismus (häufig als unglückliche Ehe bezeichnet) keineswegs gerecht. Außerdem verschwindet dabei die Verschiedenartigkeit der feministischen Richtungen, die mittels Kritik und Rekonstruktion aus dem Marxismus auswählen, was einer feministischen Analyse nützt.

2.2 Annäherungen an Wissenschaft und Reproduktionstechnologien

Ein Gegenstandsbereich feministischer Forschung, der der Kritik an den Familienplanungsprogrammen direkt Munition liefert, ist die Entwicklung feministischer Positionen in bezug auf Wissenschaft und Technologie. Feministische Wissenschaft hat sich anderen neueren Denktraditionen in ihrer kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle von Wissenschaft und Technologie, ihrer Methoden und ihrer Ethik angeschlossen. Und hier liegt ein weiterer Ausgangspunkt für die heftigsten Differenzen zwischen verschiedenen feministischen Ansichten in bezug auf Reproduktion und Familienplanung.

Die optimistische Überzeugung, daß wissenschaftliche Entdeckungen und technologische Fortschritte biologische Unterschiede überwinden würden, die

als Basis geschlechtlicher Ungleichheiten gesehen wurden (Firestone 1971), hielt nicht lange an. Sie wurde schnell durch eine skeptischere Einstellung gegenüber der Wissenschaft und ihrer vermeintlichen Neutralisierung verdrängt. Dieser Auffassung nach werden Menschen und besonders Frauen von der Wissenschaft zu Objekten gemacht (Hubbard 1990). Aus einer radikalfeministischen Perspektive geht Wissenschaft als Naturbeherrschung in die Beherrschung von Frauen über, deren Reproduktionsfähigkeit für sie die Kräfte der Natur repräsentiert (Rowland 1992).

Der Ökofeminismus, der im radikalen Feminismus verwurzelt ist, hat noch eine neue Variante ins Spiel gebracht, indem er unter anderem behauptet, daß die Technologie, die auf der artifiziellen Einteilung zwischen einem aktiven und passiven Prinzip beruht, zur Kolonisation von Land und anderen natürlichen Ressourcen und auch zur Abwertung der Frauen geführt hat (Shiva 1992). Problematisch an dieser Verknüpfung von Frauen mit Natur (und Männern mit Kultur) ist der Essentialismus der damit einhergehenden biologischen Begriffe, die traditionell dazu benutzt werden, die Unterordnung der Frauen zu rechtfertigen. Dementsprechend wird in diesen Vorstellungen der historische Charakter der Faktoren geleugnet, die die Beziehungen der Frauen zur Natur prägen (Leach 1993).

Die oben dargestellte Auffassung von Naturwissenschaft und Technologie führt dazu, daß Reproduktionstechnologien (Empfängnis-, Empfängnisverhütungs- und Geburtstechnologien) als inhärent frauenfeindlich wahrgenommen werden, weil sie den Männern die Kontrolle über eine spezifisch weibliche Kraftquelle überantworten (Rowland 1985, Correa 1985). Aus diesem Grunde sollten den radikalen Feministinnen zufolge alle Reproduktionstechnologien in Frage gestellt und, wie einige meinen,

rundweg abgelehnt werden (Mies 1987; 1988).

In schwierigen und angespannten Diskussionen (Correa 1993) hat sich herausgestellt, daß es Probleme mit solchen Standpunkten gibt, und daß nicht nur zwischen sozialistischen und radikalen Feministinnen krasse Meinungsunterschiede bestehen, sondern auch innerhalb des radikalfeministischen Lagers.

Kritiker weisen zu Recht darauf hin, daß viele der oben genannten radikalfeministischen Positionen hinsichtlich wissenschaftlicher Vorstellungen die Tatsache außer acht lassen, daß Frauen seit der Antike an der Entwicklung naturwissenschaftlicher Ideen partizipierten (Rowbotham 1993). Es ist wahr, daß der Beitrag der Frauen zu Wissenschaft und Technologie aus den historischen Darstellungen gelöscht worden ist (Rose 1987), so daß »wir (die Frauen) der Geschichte weiblicher technischer Initiative, Phantasie und Erfindungsgabe beraubt worden sind. Wir haben unseren Platz beim Definieren und Gestalten der Technologie verloren« (Hynes 1989, 11). Es ist auch richtig, daß Frauen als Naturwissenschaftlerinnen bei der Arbeit in ihren Fachgebieten immer noch mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert werden. Gleichzeitig ist aber nicht zu leugnen, daß die Partizipation von Frauen an der Wissenschaft die Richtung beeinflusst haben muß, in der sich naturwissenschaftliche Theorie und Praxis bewegt haben, auch wenn das in der Geschichte verborgen blieb. Der Wiederentdeckungsprozeß, den Feministinnen in bezug auf die historischen Beziehungen der Frauen zur Wissenschaft in Gang gebracht haben, ist schon als solcher ein Beitrag zur Wissenschaft, sowohl was die Reproduktion als auch was andere Gebiete betrifft.

Ich halte es für besser, sich mit den Kontexten zu befassen, in denen Wissenschaft und Technologie angewendet werden, als nach inhärenten Eigen-

schaften zu suchen, die jede Technologie einschließlich der Reproduktionstechnologien zur frauenfeindlichen macht. Von diesem weniger rigoristischen Standpunkt aus können Reproduktionstechnologien nur beurteilt werden, wenn die Unterschiede zwischen verschiedenen Technologien und zwischen den Frauen ebenso wie die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Umstände des Lebens der Frauen berücksichtigt werden (Rose 1987).

Durch diese Art der Analyse konnten spezifische Kontexte ausgemacht werden, die Reproduktionstechnologien in Frage stellen: Die Tatsache, daß Frauen selbst keinen Einfluß darauf hatten, welche Technologien entwickelt und angewandt werden, daß männliche Wissenschaftler aus Angst, die männliche Sexualität könne in irgendeiner Weise geschädigt werden, Verhütungsmethoden für Frauen vorzogen, daß »Effektivität« an erster Stelle bei der Auswahl der Technologie steht, die von den Familienplanungsprogrammen favorisiert wird, daß Feldversuche ohne »informierte Zustimmung« stattfinden und daß gewisse Empfängnisverhütungsmethoden in Gebieten mit unzulänglicher medizinischer Infrastruktur und Erfahrung propagiert werden (Dixon-Mueller 1993).

2.3 Positionen zur Familienplanung

Feministische Perspektiven stellen nicht nur Reproduktionstechnologien in Frage, sondern auch Familienplanungsprogramme, in denen sie eingesetzt werden. Diese Kritik geht über den Nachweis und die Verurteilung von Gewaltanwendung und Menschenrechtsverletzungen hinaus. Eine kritische Position, die man als liberalfeministisch bezeichnen könnte, richtet sich gegen die Qualität und den Umfang der angebotenen Dienstleistungen der Familienplanung. Diese Position wurde in einen nützlich-

chen Katalog von Grundvoraussetzungen übertragen, die bei der Umgestaltung und Verbesserung von Familienplanungsprogrammen zu beachten wären: Wahl der Methoden, umfassende Information, technische Kompetenz des Mitarbeiterstabs, gute zwischenmenschliche Beziehungen, mit anderen Worten ein umfangreiches Paket von Unterstützung und anderen Dienstleistungen (Bruce 1989).

In grundsätzlicher Hinsicht geht die Kritik von der legitimen Annahme aus, daß Familienplanungsprogramme weltweit eher mit dem expliziten oder impliziten Ziel entwickelt und durchgeführt werden, die Fruchtbarkeitsquoten und das Bevölkerungswachstum zu reduzieren als in der Absicht, die Gesundheit und Reproduktionsfreiheit der Frauen zu verbessern. Ein entscheidender Aspekt ist dabei, daß das Ziel der Reduktion von Fertilität zwar für einzelne Regierungen Priorität haben kann, die an malthusianischen Vorstellungen über das Verhältnis zwischen Bevölkerungswachstum und sozioökonomischer Entwicklung festhalten, daß es sich jedoch in vielen Fällen um einen Niederschlag der internationalen Machtungleichgewichte handelt, wobei die jeweilige nationale Politik äußerem Druck folgt. Dieser Druck wirkte sich unlängst in den von internationalen Finanzagenturen aufgezwungenen Darlehenskonditionen aus, und er zeigt sich ebenfalls in der Art und Weise, wie Geberländer Nationen mit der größten Bevölkerungsdichte finanzielle Unterstützung zuteilen (Hartmann 1992; Dixon-Mueller 1993).

Obwohl alle Feministinnen weitgehend darin übereinstimmen, daß diese beiden Faktoren zentrale Punkte der Familienplanungskritik darstellen, sind die Differenzen doch beträchtlich. Die verschiedenen Vorstellungen einer radikal-feministischen oder einer sozialistisch-feministischen Tradition zuzuschreiben, macht allerdings keinen Sinn,

denn es geht um ein Kontinuum von Positionen mit jeweils verschiedenen Interpretationen, Schwerpunktsetzungen und Kombinationen.

Trotzdem ist es möglich, eine Hauptströmung von einer mittlerweile marginalisierten Position aus der radikalfeministischen Tradition zu unterscheiden. Diese Strömung bezieht die Diskussion eng auf den Kontext von Entwicklung und gegenwärtigen globalen und nationalen Wirtschaftskrisen, womit sich einerseits erklärt, warum viele arme Frauen in Entwicklungsländern Reproduktionsstrategien übernehmen (Correa 1993; Smyth 1994) und andererseits die Tatsache, daß nationale und internationale Institutionen Bevölkerungspolitik und Familienplanungsprogramme als Ersatz und nicht als Ergänzung der wirtschaftlichen Entwicklung einsetzen (Sen 1992).

Dieser Ansatz geht nicht davon aus, daß Familienplanungsprogramme immer oder notwendigerweise nachteilig für Frauen sind, man hält sie im Gegenteil für einen wesentlichen Bestandteil umfangreicherer Strategien zur Bekämpfung der Subordination von Frauen (Dixon-Mueller 1988). Das beinhaltet jedoch die Forderung nach einer gründlichen Veränderung der vorhandenen Programme, die ihre demographischen Prinzipien aufgeben und stattdessen den Schutz und die Verbesserung der Gesundheit, des Allgemeinwohls und der gesellschaftlichen Stellung der Frauen, insbesondere der armen Frauen des Südens, zu ihrem Ziel machen müssen. So sollte eine Familienplanungsperspektive aussehen, in der Frauen im Mittelpunkt stehen. Es wäre allerdings falsch zu meinen, diese Sichtweise räume den Männern in der Familienplanung keinen Platz ein. Im Gegenteil, ein Teil dieser feministischen Kritik richtete sich ja gerade auf die Ausklammerung von Männern und Geschlechterverhältnissen aus der Praxis der Familienplanung und der Bevölke-

runbspolitik (Berer 1993, 10). Es geht darum, das Prinzip zu beseitigen, wonach die Bedürfnisse und das Wohl der Frauen in der programmatischen und praktischen Politik demographischen Zwecken untergeordnet werden.

Aus der Perspektive, die ich als den extremeren radikalfeministischen Standpunkt definiert habe, sind die beiden oben beschriebenen Faktoren dagegen deutliche Symptome für die Arbeit des kapitalistischen Patriarchats (Mies 1989), das vom Beginn des Kolonialismus an die Frauen einem doppelten System repressiver Kontrolle unterworfen hat. Verbindet sich diese Auffassung mit einem Verständnis von Reproduktion, wonach diese zugleich die Ursache wie das Vehikel zur Subordination von Frauen ist, und mit einer absoluten Verdammung von Wissenschaft und Technologie, dann ist die Ablehnung aller vorhandenen Familienplanungsprogramme das strategische Fazit.

Diese extreme Position wird von FINRAGE, dem internationalen feministischen Widerstandsverband gegen Reproduktion und genetische Manipulation, vertreten. In einem von FINRAGE zusammen mit mehreren Gruppen aus Entwicklungsländern in Vorbereitung auf die Kairoer Konferenz erarbeiteten Papier werden die offiziellen Familienplanungsprogramme als Bevölkerungskontrollformen definiert und als »rassistisch, sexistisch, imperialistisch« beurteilt. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie die Eliminierung der Armut durch Reduzierung der Zahl der Armen anstreben (People's Perspectives on Population 1993). In demselben Papier werden Wissenschaft und Technologie als »nicht neutral« bezeichnet und es wird ihnen nachgesagt, daß sie »vom kapitalistischen Patriarchat« hervorgebracht werden, um kapitalistisch patriarchale Verhältnisse zu festigen und zu reproduzieren.

Die völlige Ablehnung jeglicher Familienplanungspolitik mag eine echte

Reaktion aus Einwänden gegen deren Normen und Praktiken sein, doch sie ist weder realistisch noch zieht sie die Entwicklung einer effektiven Reproduktionspolitik seitens der Frauen in Betracht. Sie schüttet das Kind mit dem Bade aus (Dixon-Mueller 1993, 33–34).

Uneinigkeiten und Konflikte mögen für jede soziale Bewegung nachteilig sein. Doch sie haben auch einen positiven Aspekt. Denn die Frauengesundheitsbewegung als Ganze weiß um die Gefahren und begegnet ihnen mit dem Hinweis darauf, daß der Feminismus immer Unterschiede in den Denkrichtungen (Palomino 1993) und Strategien (Waterman 1993) ermutigt hat.

3. *Das Grundprinzip der Familienplanungsprogramme*

Wie bereits erwähnt, existiert zwischen dem Establishment und der Frauengesundheitsbewegung eine spezifische Divergenz. Oben wurde darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt der feministischen Kritik an Familienplanungsprogrammen auf deren demographischem Grundprinzip liegt. Philipps unterscheidet drei Ziele, die die Familienplanungsprogramme im Süden bestimmten (Philipps 1990). Das erste ist das demographische Ziel: Das Bevölkerungswachstum wird als eine fundamentale Ursache für Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung betrachtet, und die Fertilitätsreduktion durch Familienplanungsprogramme soll die Lösung bringen. Das zweite Ziel ist die Verbesserung der Gesundheit von Mutter und Kind: die Familienplanung beabsichtigt, der Müttersterblichkeit während Schwangerschaft und Geburt vorzubeugen, die Gesundheit der Frauen zu verbessern und die Kindersterblichkeit durch größere Abstände zwischen den Geburten zu reduzieren. Das dritte Ziel besteht in der Beförderung der Menschenrechte, die hier als Kenntnis von

und Zugang zu sicherer Verhütung definiert werden (UN 1990).

Die meisten Frauen und Gesundheitspropagandisten sagen zu recht, daß die Bevölkerungskontrolle der entscheidende Beweggrund für die meisten offiziellen Familienplanungsprogramme sei (Jaquette und Staud 1985; Hartmann 1987, 1992; Freedman und Isaacs 1993). Die Stärkung und der Schutz der reproduktiven und der allgemeinen Gesundheit der Frauen und ihrer Rechte werden diesem Prinzip geopfert, während eine Unterstützung ihrer Reproduktionsautonomie als kontraproduktiv angesehen wird. Entsprechende Faktoren kommen nur dann in Betracht, wenn Kosten- und Nutzenerwägungen es erfordern.

Der Einsatz von Gratifikationen und Sanktionen verschiedener Art und von quantitativen Planvorgaben, die oft unmittelbare Ursache von Zwangsmaßnahmen in der Familienplanung sind, lassen sich durch die Dominanz des demographischen Motivs erklären (Smyth 1991). Dieses Motiv ist ebenfalls der Grund dafür, daß viele Bevölkerungsinstitutionen eine instrumentelle Einstellung gegenüber allgemeineren sozioökonomischen Maßnahmen haben, die den Frauen die Mittel an die Hand geben sollten, bessere Gesundheit und Reproduktionsautonomie zu erreichen. Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene offenbaren politische Maßnahmen zur Förderung der Bildung von Frauen oder ihrer Berufsmöglichkeiten zu oft, daß sie auch ein anderes Ziel haben, nämlich die Kontrolle des Bevölkerungswachstums durch Einschränkung der Fruchtbarkeit.

Viele entwicklungspolitische Programme sind Instrumentalisierungen. Obgleich sie angeblich dem Wohl der Frauen dienen sollen, verfolgen sie andere Absichten, wie etwa die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums oder die Mobilisierung von unbezahlter Arbeit (Postel-Coster 1993, Smyth 1993,

Newland 1991). Im Weltentwicklungsbericht von 1991 zählt die Weltbank (1991, 56) z. B. die Vorteile der Frauenbildung auf: Abnahme des Bedarfs an öffentlichen Gesundheitsprogrammen, Senkung der Kindersterblichkeit, womit das Fehlen von medizinischen Einrichtungen wettgemacht wird, Zunahme des Gebrauchs von Kontrazeptiva. Es ist eindeutig, daß ökonomische und demographische Ziele Vorrang vor der Weiterbildung und den Lebenschancen der Frauen haben.

3.1 Reproduktive Rechte

Zu den zentralen Konzepten feministischer Auffassungen von Reproduktion und Familienplanung gehören die reproduktiven Rechte. »Rechte« und »Wahlmöglichkeiten« sind seit kurzem in die Sprachregelungen des bevölkerungspolitischen Establishments übernommen worden. Deshalb ist es wichtig zu überprüfen, ob das Verständnis von »reproduktiven Rechten« mit dem der Feministinnen übereinstimmt.

Die Bedeutung von »reproduktiven Rechten« hat eine Veränderung erfahren, die noch nicht abgeschlossen ist. Westliche Feministinnen der sogenannten »zweiten Welle« verwendeten ursprünglich den Slogan »Recht der Frauen auf Wahl« besonders in bezug auf Abtreibung. Nachdem diese Losung zunächst in den verschiedenen Kampagnen zur Verteidigung oder Erweiterung der Abtreibungsgesetzgebung für schlagkräftig gehalten wurde, erschien sie später problematisch. Dafür gab es mehrere Gründe. Sowohl »Recht« als auch »Wahl« wurden als Begriffe angesehen, die auf dem Konzept des westlichen Individualismus fußen. So wurden sie weder der Bedeutung der sozialen Strukturen gerecht, die alle Aspekte des Lebens der Frauen umfassen und die Reproduktion und Reproduktionswahl bestimmen und beeinflussen, noch der regionalen und historischen Unterschiede

zwischen diesen Strukturen. Auch wurde der Ruf nach reproduktiven Rechten, obwohl ein wichtiger Rechtsschutz, für einen Anspruch gehalten, der über den Rahmen gegebener gesellschaftlicher Ordnungen nicht hinausgeht. Außerdem erschien diese Forderung als leicht benutzbar für die Stärkung der essentialistischen Auffassung von der biologischen Reproduktion als weiblichem Los (Petchesky 1985), m. a. W. als eine Rückkehr zur Auffassung von »Biologie als Schicksal«, die die Feministinnen einstimmig bekämpfen.

Um einige dieser Schwierigkeiten zu überwinden, wurde der Begriff Bedürfnisse in die Rede über Reproduktion aufgenommen (Kabeer 1993). Das bringt jedoch ebenfalls Probleme mit sich, denn es kann dazu führen, daß Bedürfnisse als Teil der »Grundbedürfnisse« wahrgenommen werden, die mit einer einfachen technischen Lösung zu befriedigen sind, nämlich mit Familienplanungsprogrammen (Alexander 1990). Bisher haben diese Komplikationen nicht dazu geführt, daß »reproduktive Rechte« als ein zentraler Begriff von den Feministinnen aufgegeben wurde. Statt dessen wurden Initiativen angeregt, durch die ermittelt werden soll, was unterschiedliche Frauen unter »reproduktiven Rechten« verstehen und welche Forderungen und Prioritäten sie mit ihnen verknüpfen (IRRRAG 1993; WGNRR 1993). Solche Versuche machen es möglich, daß der Begriff auch die Unterschiede zwischen den Frauen in bezug auf ihr Reproduktionsverhalten, ihre Vorstellungen und ihre Bedürfnisse einschließt, ebenso wie den Einfluß, den Bevölkerungspolitik und das soziale Umfeld in unterschiedlicher Weise auf die Frauen ausüben.

Diese Überprüfungen der möglichen Bedeutungen bezeichnen die Verschiebung von einer individualistischen Perspektive zu einer, in der der Begriff *Selbstbestimmung* beim Gebären (ob, wann und mit wem man Kinder haben

will) wesentlich bleibt, wobei jedoch die Betonung mehr auf der Selbst-Bestimmung der Frau (anstelle von Fremd-Bestimmung) und weniger auf dem Selbst als Individuum liegt. Gleichzeitig besteht ein Konsens darüber, daß Selbstbestimmung in Sachen Reproduktion nicht unabhängig von Selbstbestimmung in allen anderen Lebensbereichen verstanden und erreicht werden kann. Das schließt den Zugang zu materiellen und nichtmateriellen Ressourcen und die Verfügung über sie ein, weit über Kontrazeptiva und Familienplanungsprogramme hinaus. M.a.W. das individuelle Reproduktionsverhalten wird von Geschlechterbeziehungsgefügen beeinflusst, und diese sind in soziale, ökonomische und politische Normen und Strukturen eingebettet (Dixon-Mueller 1993, 112).

Das bevölkerungspolitische Establishment interpretiert reproduktive Rechte und Wahlmöglichkeiten anders. Ein Aufsatz, in dem der Rückgang der Forschung zu Kontrazeptiva beklagt wird, ist aufschlußreich (Wymelenberg 1990). In diesem Aufsatz wird dargelegt, daß die unkontrollierte Fruchtbarkeit der Frauen der ausschlaggebende Faktor für ihren niedrigen Status in der Gesellschaft sei. Diese Auffassung von der komplexen Verknüpfung zwischen der persönlichen und der gesellschaftlichen Stellung der Frauen und ihrer Fruchtbarkeit läuft eindeutig allen angeführten feministischen Analysen zuwider. Bezeichnenderweise wird die Erweiterung der Reproduktionswahlfreiheit der Frauen mit der Vergrößerung der Anzahl der verfügbaren modernen Kontrazeptiva gleichgesetzt (1990, 62). Auch die Weltbank scheint diese Interpretation übernommen zu haben. Sie sieht die reproduktiven Rechte als eine Art von Konsumentenwahl. Sie tritt für eine Erweiterung der Wahl ein, indem ihrer Meinung nach unnötige Einschränkungen in bezug auf verfügbare Kontrazeptiva aufgehoben werden sol-

len, etwa die Arzneimittellisten mancher Regierungen, die »irrtümlich« einige Kontrazeptiva enthalten, sowie »übertriebene medizinische Prüfverfahren« (World Bank 1993b, 85). Diese Auffassung von reproduktiven Rechten und Wahlmöglichkeiten stimmt mit dem demographischen Grundprinzip der Familienplanungsprogramme überein, da für die Weltbank zur Erhöhung der Akzeptanz-Rate das Angebot der Wahl zwischen verschiedenen Verhütungsmethoden eine Voraussetzung zur Kundengewinnung ist (World Bank 1993a, 39–41).

Die Vorstellung des bevölkerungspolitischen Establishments von reproduktiven Rechten unterscheidet sich von der feministischen Sichtweise auch auf einer anderen Ebene. Die Feministinnen betrachten Reproduktionsautonomie als »ein Grundrecht für jede Frau« (Freedman und Isaacs 1993, 23). Deshalb sollte jede Frau Zugang zu den notwendigen Mitteln haben, einschließlich Verhütung und sicherer Abtreibung. Das bevölkerungspolitische Establishment ist jedoch der Auffassung, daß Verhütung durch Familienplanungsprogramme für arme Frauen und in armen Ländern zu fördern ist, d.h. für die, die das Establishment für die unakzeptablen Bevölkerungswachstumsraten verantwortlich macht (Mass 1978; Michaelson; Hartmann 1992). Familienplanung geschieht auch aus ethnischen Gründen. Beispielsweise widerspiegelte die südafrikanische Politik den Willen der Regierung, das Wachstum der schwarzen Bevölkerung zu bremsen (Klugman 1993).

3.2 Qualität der Versorgung

Vielleicht hat sich in puncto Versorgungsqualität das bevölkerungspolitische Establishment einer Frauenperspektive am meisten genähert. Es ist nicht zu leugnen, daß es echte und um-

fangreiche Bemühungen um die Qualität der von den Familienplanungsprogrammen zur Verfügung gestellten Dienstleistungen gibt. Der *Population Council* z.B. setzt sich ständig für eine Klärung der Richtlinien ein, nach denen die Dienstleistungen zugunsten der Klienten von Familienplanung verbessert werden könnten (Bruce 1989). Und doch ist auch in diesem Zusammenhang das demographische Prinzip nur allzu präsent. Es ist in der Tat offensichtlich, daß die Unterstützung solcher Verbesserungen häufig wenig mit dem Schutz der Gesundheit und der Rechte von Frauen zu tun hat, sondern vielmehr ein Mittel zur Verbesserung der Akzeptanzrate ist, damit das Ziel einer Bevölkerungsreduzierung erreicht wird. Die Weltbank evaluiert in Dokumenten über organisatorische Aspekte der Familienplanungsprogramme die Wahlmöglichkeiten bei Verhütungsmethoden, die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Verbraucher-Perspektiven, alles Faktoren, die in unterschiedlicher Weise zur Qualität der Dienstleistungen beitragen sollten. Sie werden hier jedoch offen als taktische Mittel bezeichnet, um die weite Verbreitung der Kontrazeptiva und ihre Steigerungsraten durch eine Verbesserung des »Zusammenspiels« zwischen Lieferanten und Verbrauchern und durch ein fortschrittlicheres Management (Green 1992) zu erhöhen.

Sollte diese Divergenz in der Motivation zur qualitativen Verbesserung die Frauengesundheitsbewegung stören? Ich neige dazu zu sagen, daß wenn das Establishment seine Aussagen zur Versorgungsqualität in gute, umfassende und kostenlose Leistungen für die reproduktive Gesundheit von Frauen entsprechend ihrer mannigfaltigen Bedürfnisse umsetzen kann, und wenn diese durch ein angemessen qualifiziertes Personal auf würdevolle Weise vermittelt werden, es vielleicht keine Rolle spielt, ob der Beweggrund dafür eher

das Erreichen maximaler Effektivität oder eine echte Übereinstimmung mit feministischen Prinzipien ist.

Daraus folgt keineswegs, daß man sich angesichts der inhärenten Gefahren der Familienplanungsprogramme sorglos verhalten kann. Die Unzufriedenheit mit der Instrumentalisierung feministischer Begriffe durch bestimmte Teile des bevölkerungspolitischen Establishments und ihrer Übernahme als Leerformeln verringert sich dadurch ebenso wenig. Die UNFPA hat sich Begriffe wie Selbstbestimmung der Mutterschaft angeeignet (UNFPA 1992). Dementsprechend haben die Befürworter einer Vermarktung neuer Fruchtbarkeitssteigernder Technologien den Begriff Wahl (choice) übernommen (Alexander 1990), während die Weltbank großzügigen Gebrauch von einem Begriff wie »women's empowerment« macht (World Bank 1992). Hartmann (1992) ist der Meinung, daß diese »Doppelzüngigkeit« Vorstellungen und Interessen verbirgt, die sehr verschieden von feministischen Visionen sind.

4. Schluß

Nach vielen Jahrzehnten der Vernachlässigung haben Planer und Politiker auf das wachsende Interesse an Frauen reagiert. Auf unterschiedlichen Ebenen, von der Einrichtung von Frauenabteilungen in multilateralen und bilateralen Hilfsorganisationen und Regierungen bis zur Förderung von Forschung, Frauenprojekten, der Organisation von *gender awareness training* und internationalen Konferenzen, findet eine Institutionalisierung statt. Das hat sogar auf Einrichtungen wie die Weltbank übergriffen, die vorher unzugänglich für solche Erwägungen waren (s. die Weltbankberichte für 1991 und 1992).

Eine Gefahr der Institutionalisierung von Frauenfragen wird darin gesehen, daß sie aus der Sphäre des Kampfes in einen Bereich verlagert wurden,

in dem technische Lösungen ohne grundlegende soziale Veränderungen verhandelt werden können. Andere Gefahren sind mit der Aufnahme von Frauen in die Institutionen des bevölkerungspolitischen Establishments verbunden. Die Abwesenheit von Frauen im öffentlichen Bereich ist ein altes Thema westlicher Feministinnen (Wollstonecraft 1792). Für manche ist dieser Ausschluß mit der Trennung der privaten von der öffentlichen Sphäre und der Beschränkung der Frauen auf erstere verbunden (Grant 1992). Danach wird förmliche Macht in der öffentlichen Sphäre angesiedelt und durch männliche Werte der Herrschaft und Kontrolle bestimmt. Deshalb streben Feministinnen eine Institutionalisierung von Organisationsstilen an, die auf den entgegengesetzten Prinzipien der Enthierarchisierung und Partizipation beruhen (Savage 1992:21). Entscheidend für Frauenorganisationen ist ihr unabhängiger Status, und Gruppen, die auf dem Gebiet reproduktiver Rechte aktiv sind, unterstützen die Politik der Autonomie (Correa 1993). Aufgrund dieses Engagements weckt die Besetzung von Machtpositionen in Bevölkerungsinstitutionen durch Frauen die Befürchtung, daß sie zu Karrieristinnen werden, sich an die Kultur und die Ziele ihrer Arbeitgeber anpassen und die Frauenbewegung wegen ihrer Naivität ablehnen könnten (Watson 1992).

Es besteht auch Mißtrauen gegen Dialoge. Institutionen, wie der Population Council und andere nationale und internationale Organisationen, bieten oft Gelegenheit zu Gedankenaustausch und Begegnungen. Als Vorbereitung auf die 1994er Konferenz haben viele Regierungen Nicht-Regierungsorganisationen, Berufsverbände und Frauengruppen konsultiert. Dabei wurde eine mögliche Gefahr ausgemacht: Aufgrund der Machtüberlegenheit der Bevölkerungs-Institutionen gegenüber der Frauengesundheitsbewegung werden

die Prioritäten und die Themen der Debatten durch erstere festgelegt und zwingen letztere zu einer reaktiven Haltung. Dieses Ungleichgewicht der Macht kann dazu führen, daß die Frauenvertretungen von dringenden und kontroversen Angelegenheiten abgelenkt und auf ein Nebengleis geschoben werden. Nicht zuletzt besteht die Gefahr, daß das Establishment Dialoge dazu benutzen kann, einen Konsens zu manipulieren und Gegenstimmen zum Schweigen zu bringen (Richter 1993).

All diese Gefahren sind sehr real und Warnungen sollten beachtet werden. Es muß auch gesagt werden, daß die Arbeit für reproduktive Rechte und die Gesundheit der Frauen sich nicht unbedingt kampfflos abspielt, wenn sie im Dialog oder einem institutionalisierten Umfeld stattfindet. Man sollte nicht vergessen, daß es in den unterschiedlichen Formen von Zusammenarbeit zwischen Frauenvertreterinnen und dem Establishment viele Mißverständnisse und Konflikte gab und daß das Ergebnis oft in unglücklichen Kompromissen bestand. Sie waren aber auch das Medium, in dem Frauenvertreterinnen die Politik für die Bedürfnisse der Frauen zugänglicher gemacht haben und durch das sie einen Fuß in die politische Arena gesetzt haben, die ihnen bis dahin verschlossen geblieben war (Coote und Campbell 1982; Barroso und Bruschini 1991). Um es mit den Worten von Hartmann (1993, 3) auszudrücken: Die Bewußtheit von Gefahren

bedeutet nicht, daß man politische Reformen nicht vorantreibt oder sich nicht auf Dialoge mit denen innerhalb des Systems einläßt. Man muß es allerdings meines Erachtens mit einem klaren Verständnis für die Grenzen und aus einer kritischen Perspektive tun. Das schließt einen sorgfältigen Umgang mit Sprache ein.

Aus dem Englischen von Christa Jaeger, Ingrid Kuczynski und Regine Othmer.

Literatur

- Alexander, J. (1990): Mobilising Against the State and International Aid Agencies: »Third World« Women Define Reproductive Freedom. In: M. Gerber Fried (Ed.) *From Abortion to Reproductive Freedom: Transforming a Movement*. Boston.
- Atkinson, L. (1986): Two Decades of Contraceptive Research: Prospects for the 21st Century, Paper presented at the Population Council Meeting. New York (8–9 October).
- Barroso, C. and Bruschini, C. (1991): Building Politics from Personal Lives: Discussions on Sexuality among Poor Women in Brazil. In: Mohanty, C. T., Tusso, A. and Torres L. (Eds.). *Third World Women and the Politics of Feminism*. Bloomington.
- Berer, M. (1993): Population and Family Planning Policies: Women-centered Perspectives. In: *Reproductive Health Matters*, n. 1 May.
- Bleier, R. (1991): Science and Gender. In: Gunew, S. (Ed.). *A Reader in Feminist Knowledge*. London.
- Bruce, J. (1989): Fundamental Elements of the Quality of Care: a Simple Framework. The Population Council Programme Division Working Paper 1, New York.
- Coote, A. and Campbell, B. (1982): *Sweet Freedom: The Struggles for Women's Liberation*. Picador.
- Correa, G. (1985): *The Mother Machine: Reproductive Technologies from Artificial Insemination to Artificial Wombs*. New York.
- Correa, S. (1993): DAWN Research Effort 1992/94: Population and Reproductive Rights Component. Platform Document, mimeo.
- Dixon-Mueller, R. (1988): Redefining Family Planning: Feminist Perspectives on Service Delivery, Paper presented at the Annual Meeting of the Population Association of America, New Orleans, April.
- Dixon-Mueller, R. (1993): *Population Policy and Women's Rights: Transforming Reproductive Choice*. Westport.
- Eisenberg, S. (1991): Battleground in Hawthorne, S. and Klein, R. *Angels of Power and Other Reproductive Creations*. Melbourne.
- Feldman, R. (1987): The Politics of the New Reproductive Technologies. In: *Critical Social Policy*, issue 19 n 7.
- Firestone, S. (1971): *Dialectic of Sex: The Case for Feminist Revolution*. London.
- Freedman, L. P. and Isaacs, S. L. (1993): Human Rights and Reproductive Choice. In: *Studies in Family Planning*, vol. 234 n 1.
- Grant, G. (1992): The Sources of Gender Bias in International Relations Theory. In: Grant, R. and Newland, K. (Eds.): *Gender and International Relations*, Milton Keynes.
- Green, C. P. (1992): Strategic Management of Family Planning Programme. World Bank WPS976.
- Hartmann, B. (1987): *Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control and Contraceptive Choice*. New York.
- Hartmann, B. (1992): Population Control in the New World Order. In: *Development in Practice*, vol. 2 n 3.
- Hartmann, B. (1993): The Present Politics of Population and Reproductive Rights. In: *Women's Global Network for Reproductive Rights*. Newsletter 43.
- Hartmann, B. and Standing, H. (1989): *The Poverty of Population Control*. Bangladesh International Action Group, London.
- Hubbard, R. (1990): *The Politics of Women's Biology*. New Brunswick.
- IRRRAG (International Reproductive Rights Research Action Group) 1993: Report on the First Year, February.
- Hynes, H. (Ed.) (1989): *Reconstructing Babylon: Essays on Women and Technology*. London.
- Jaggar, A. M. (1983): *Feminist Politics and Human Nature*. Harvester Press.
- Jaquette, J. and Staud, K. (1985): Women as »At Risk« Reproducers: Biology, Science and Population in US Foreign policy. In: V. Sapiro (Ed.): *Women, Biology and Public Policy*. Beverly Hills.
- Johnson, L. (1991): Socialist Feminist Interventions – Introduction. In: Gunew, S. (Ed.): *A Reader in Feminist Knowledge*. London.
- Kabeer, N. (1992): From Fertility Reduction to Reproductive Choice: Gender Perspectives. In: *Family Planning Discussion*, Paper 299, Institute of Development Studies.
- Kabeer, N. (1993): Bridging the Gap. In: *People and the Planet*, vol. 2 n 1.
- Keyzers, L. and Smyth, I. (1989): Family Planning: *More than Fertility Control? Women in International Development*. Michigan State University Working Paper n 198.
- Keyzers, L. and Smyth, I. (1992): Reflections of Global Solidarity for Women's Health and Reproductive Rights. In: *VENA Journal*, vol. 3 n 1.
- Klugman, B. (1993): Balancing Means and Ends: Population Policy in South Africa. In: *Reproductive Health Matters*, n 1 May.

- Kuhn, A. and Wolpe, A. (1978): *Feminism and Materialism*. In: Kuhn, A. and Wolpe, A. (Eds.): *Feminism and Materialism*. London.
- Leach, M. (1993): *Rainforest Relations: Gender and Resources Use among the Mende of Gola, Sierra Leone*. International African Institute.
- Marden, P. G., Hodgson, D. G. and McCoy, T. L. (1982): *Population in the Global Arena: Actors. Values. Policies and Futures*. New York.
- Mass, B. (1976): *Population Target. The Political Economy of Population Control in Latin America*. Toronto.
- McLaren, A. (1990): *A History of Contraception*. London.
- Michaels, M. W. (1987): *Contraception, Freedom and Destiny: A Womb's of One's Own*. In: *The Contraceptive Ethos: Reproductive Rights and Responsibilities*. S. F. Spicker, W. B. Bondeson, H. T. Engelhardt, D. Reidel (Eds.). Dordrecht.
- Mies, M. (1987): *Why Do We Need All of This? A Call Against Genetic Engineering and Reproductive Technology*. In: Spallone, P. and Steinberg, D. B. (Eds.): *Made to Order: The Myth of Reproductive and Genetic Progress*. Oxford.
- Mies, M. (1988): *Self-determination: The End of a Utopia? Second Congress of Women Against Genetic and Reproductive Technologies*, Frankfurt, 28.-30. October.
- Mies, M. (1989): *What Unites, What Divides Women from the South and From the North in the Field of Reproductive Technologies*. Paper presented at the FINRAGE-UBINIG conference Comilla, Bangladesh, 18.-25. March.
- Nair, S. (1989): *Imperialism and the Control of Women's Fertility*. Amsterdam: Campaign Against Long Acting Contraceptives.
- Newland, K. (1991): *From Transnational Relationships to International Relations: Women in Development and the International Decade for Women*. In: Grant, R. and Newland, K. (Eds.): *Gender in International Relations*. Milton Keynes.
- Norsigian, J. (1987): *Reproductive Choice in Jeopardy in International Policy Perspectives*, Presentations at the Biennial Conference of the Association for Women in Development. Washington April.
- Petchesky, R. P. (1985): *Abortion And Women's Choice*.
- Palomin, N. (1993): *Unity in Diversity*. In: *Women's Global Network for Reproductive Rights Newsletter*, 43, April-June 1993.
- Philipps, D. R. (1990): *Health and Health Care in the Third World*. New York.
- Population Council 1993: *Day of Dialogue on Population and Feminist Perspectives*, Aide-Memoire, London November 20.
- Postel-Coster, E. (1993): *The Instrumentality of Indonesian's Policy Towards Women*. In: Dirkse, J., Husken, F. and Rutten, M. (Eds.): *Indonesian Experience under the New Order*. Leiden.
- Richter, J. (1993): *Report on the Workshop Population Policy and Reproductive Choice in South Asia*. Oxford 2-4 September 1992.
- Rose, H. (1987): *Victorian Values in the Test-Tube: the Politics of Reproductive Science and Technology*. In: Stanworth, M.: *Reproductive Technologies; Gender, Motherhood and Medicine*.
- Rowbotham, S. (1993): *Feminist Approaches Towards Technology*, Paper presented at the Workshop on New Technologies and Women's Employment, UN University, Maastricht, The Netherlands.
- Rowland, R. (1985): *Reproductive Technologies: the Final Solution to the Woman Question*. In: Arditti, R., Duelli Klein, R. and Minden, S. (Eds.): *Test Tube Women*. London.
- Rowland, R. (1992): *Living Laboratories: Women and Reproductive Technologies*. London.
- Rowland, R. and Klein, R. D. (1992): *Radical Feminism - Introduction*. In: Gunew, S. (Ed.): *A Reader in Feminist Knowledge*.
- Sadik, N. (1990): *The Role of the United Nations - From Conflict to Consensus*. In: Roberts, G. (Ed.): *Population Policy: Contemporary Issues*. New York.
- Savage, M. (1992): *Women's Expertise, Men's Authority: Gendered Organisations and The Contemporary Middle Classes*. In: Savage, M. and Witz, A. (Eds.): *Gender and Bureaucracy*. Oxford.
- Sen, G. (1992): *Women, Poverty and Population: Issues for the Concerned Environmentalist*, Harvard mimeo.
- Shapiro, T. (1985): *Population Control Politics: Women, Sterilization and Reproductive Choice*. Philadelphia.
- Shiva, V. (1992): *The Seed and the Earth: Women, Ecology and Biotechnology*. In: *The Ecologist*, vol. 22 n 1, January/February.
- Smyth, I. (1991): *The Indonesian Family Planning Programme: A Success Story for Women?* In: *Development and Change*, vol. 22.

- Smyth, I. (1993): A Critical Look at the Indonesian Government Policies for Women. In: Dirkse, J., Husken, F. and Rutten, M. (Eds.): *Indonesian Experience under the New Order*. Leiden.
- Smyth, I. (1994): *A Question of Numbers?* London.
- Spallone, E. (1989): *Beyond Conception*. London.
- Spike Peterson, V. (Ed.) (1992): *Gendered States: Feminist (Re)visions of International Relations Theory*. Boulder.
- UN 1966: Proceedings of the World Population Conference, Summary Reports, vol. I.
- UN 1974: The Population Debate: Dimensions and Debates, Papers of the World Population Conference, Bukarest 1974, vol. 1.
- UN 1990: *Population and Human Rights*. Proceedings of the Expert Group Meeting on Population and Human Rights, Geneva 3–6 April 1989.
- UN 1993: International Conference on Population and Development – Annotated outline of the final document of the Conference – Note by the Secretary General; A/48/Add. 1.
- UNFPA (United Nations Fund for Population Activities) 1977: Women, Population and Development Population Profiles, n. 7 New York.
- UNFPA (United Nations Fund for Population Activities) 1989a: A Better Life for Future Generations: The Amsterdam Declaration, *Population*, vol. 15 (12).
- UNFPA (United Nations Fund for Population Activities) 1989b: Annual Report 1988.
- UNFPA (United Nations Fund for Population Activities) 1992: Population Issues: Briefing Kit.
- Waterman, P. (1993): Hidden from Herstory: Women, Feminism and New Global Solidarity. In: *Economic and Political Weekly*. October (30).
- Watson, S. (1992): »Femocratic Feminism«. In: Savage, M. and Witz, A. (Eds.): *Gender and Bureaucracy*. Oxford.
- WGNRR 1993: Newsletter 43, Report on the International Conference »Reinforcing Reproductive Rights«. Madras 5–8 May.
- World Bank 1991: *World Development Report 1991: The Challenge of Development*. New York.
- World Bank 1992: *World Development Report 1992: Development and the Environment*. New York.
- World Bank 1993: *World Development Report 1993: Investing in Health*. New York.
- World Bank 1993a: *Effective Family Planning Programme*. World Bank, Washington DC.
- Wulf, D. and Willson, P.: Global Politics in Mexico City. In: *Family Planning Perspectives*. Vol. 16 n 5 September/October.
- Wylemberg, S. (1990): *Science and Babies: Private Discussions and Public Dilemmas*. Washington.